

Rentner am Minimum

Die Koalition streitet über die Grundrente. Doch Sozialverbände warnen: Um die Armut im Alter zu bekämpfen, müsste vor allem die Grundsicherung erhöht werden.

Von Julian Staib, Landau

N eulich ist das passiert, was eigentlich nicht passieren darf: Sieglinde Jagow ging der Kühlschrank kaputt. Die Siebenundsechzigjährige hat aufgrund einer ziemlich bewegten Lebensgeschichte nur wenig in die Rentenkasse eingezahlt. Entsprechend wenig bekommt sie raus. Jagow wohnt in einer Sozialwohnung in Landau, einem feinen Städtchen in der Pfalz mit rund 46 000 Einwohnern, in dem es vielen Menschen dem Augenschein nach ziemlich gut geht, aber auch hier beziehen einige Grundsicherung, genaue Zahlen 680 Personen. Grundsicherung ist sozusagen das Hartz IV der Rentner oder jener, die ihren Lebensunterhalt dauerhaft nicht aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten können, etwa weil sie krank sind. Das Geld muss beim Sozialamt beantragt werden. Bundesweit erhalten 1,1 Millionen Menschen Grundsicherung, wie das statistische Bundesamt kürzlich bekanntgab, rund die Hälfte davon sind Grundsicherungsbezieher im Alter. Ihre Zahl steigt – so wie die Anzahl der Rentner insgesamt – seit Jahren kontinuierlich, zuletzt gegenüber dem Vorjahr um knapp zwei Prozent.

In Berlin ringt die große Koalition seit Monaten um eine Aufstockung der Ren-

ten von Geringverdienern. Es geht um die sogenannte Grundrente. An diesem Montag hätte sie eigentlich im Koalitionsausschuss beschlossen werden sollen. Wer 35 Jahre oder länger gearbeitet hat, würde eine Mindestrente erhalten, die rund zehn Prozent höher ist als die Grundsicherung im Alter. Damit soll sichergestellt werden, dass die Menschen, die gearbeitet haben, mehr erhalten als jene, die das nicht oder nur gering taten. Angerechnet werden sollen auch Erziehungszeiten für Kinder und die Pflege von Angehörigen.

CDU und SPD sind sich im Grundsatz einig, gestritten wird hauptsächlich noch über die Frage, ob die Bedürftigkeit überprüft werden muss. Die CDU will das, die SPD nicht. Den Sozialdemokraten geht es vor allem um die Würdigung jener, die lange gearbeitet haben. Eine mögliche Lösung könnte sein, nur die Steuerbescheide der Rentner zu prüfen, nicht aber Vermögen wie Immobilienbesitz. Das Vorhaben wird viel Geld kosten. Von bis zu fünf Milliarden Euro ist die Rede. Doch die Wohlfahrtsverbände fordern mehr: Um die Armut im Alter zu bekämpfen, müsse auch die Grundsicherung erhöht werden.

„Die Grundrente hat nichts mit Armutsbekämpfung zu tun. Es geht dabei um die Anerkennung langjähriger Lebensarbeitszeit“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands Ulrich Schneider. Er fordert, auch die Sätze für jene anzubeden, die Grundsicherung erhalten. Betroffen sind oft Selbständige, die kaum in die Rentenkasse eingezahlt haben. Auch viele Frauen, die gar nicht oder nicht angemeldet gearbeitet haben; viele sind auch durch eine Scheidung oder den Tod des Ehepartners in die Armut gerutscht.

Frau Jagow hat früher in Norddeutschland gelebt und dort im Betrieb ihres Mannes gearbeitet. Der sei irgendwann „böse“ geworden, sagt sie, daher sei sie 1990 weg, „bei Nacht und Nebel“. Zunächst in ein Frauenhaus in der pfälzischen Provinz. Vier Kinder ließ sie zurück, nur zu einem Sohn hat sie Kontakt. Und Enkel? „Bis jetzt keine, soviel ich weiß.“ In der Pfalz hat sie mal Reben geschnitten, mal



Was tun, wenn der Kühlschrank kaputt ist? Rentnerin Sieglinde Jagow mit Willi Schmitt von „Silberstreif“

Foto Wolfgang Eilmes

in einem Altersheim gearbeitet, einmal die Woche putzt sie nun, vermittelt von einer Minijob-Zentrale. „Damit ich weiß, dass ich noch gebraucht werde. Dann geht die Woche schneller rum.“

Jagow erhält 383 Euro Rente, dazu 100 Euro für den Minijob und 387 Euro Grundsicherung. Ihr werden aufgrund des Minijobs vom Grundsicherungsanspruch (der beträgt rund 420 Euro) 30 Euro abgezogen. Insgesamt hat sie also 870 Euro im Monat zur Verfügung. Davon muss sie 417 Euro Miete plus Nebenkosten für die Sozialwohnung zahlen. Es bleiben also 453 Euro für persönliche Ausgaben. Davon soll sie, so die Theorie, Geld sparen für größere Anschaffungen wie Matratzen, Haushaltsgeräte, Arztkosten. Doch meist bleibt nichts übrig.

Laut dem Hauptgeschäftsführer des Wohlfahrtsverbands Schneider reicht die Grundsicherung nicht für ein würdiges Leben. Schneider zählt die darin einberechneten Beiträge auf. Etwa: zehn Euro für einen Friseurbesuch im Monat, sechs Euro für Gesundheits- und Hygieneartikel. Beiträge für soziale Teilhabe seien komplett

gestrichen worden. „Man kann da nichts zurücklegen, das ist ein Hohn“, sagt auch Christine Baumann, die Vorsitzende des Vereins „Silberstreif“, der sich in Landau gegen Altersarmut einsetzt. „Es bleibt nur das, was man zum Überleben braucht.“ Das größte Problem seien die Zuzahlungen im Krankheitsfall. Auch Zahlungen für Zahnersatz, Brillen, Windeln seien für viele existenzbedrohend. Ein neues Gebiss etwa koste rund 2500 Euro, und die Krankenkasse übernehme davon nur rund die Hälfte, so Baumann. Häufig machen Grundsicherungsbezieher daher Schulden, etwa durch Ratenverträge auf größere Anschaffungen. Ein weiteres Problem sind die vielerorts stark gestiegenen Mieten. Bei rund einem Drittel der Grundsicherungsbezieher würden die Mietzahlungen vom Amt nicht voll übernommen, weil die Obergrenze überschritten werde, sagt Schneider vom Wohlfahrtsverband. Er fordert, den Regelsatz für die Grundsicherung auf rund 600 Euro anzuhieven.

Für Bedürftige gibt es auch in Landau eine Tafel, an der Nahrungsmittel ausgegeben werden. Aber irgendwann seien im-

mer weniger ältere deutsche Kunden gekommen und immer mehr Migranten, erzählt ein Mitarbeiter von „Silberstreif“, der einst bei der Tafel half. Auch Jagow ging früher zur Tafel, um Essen zu holen. Nun aber nicht mehr. „Ich schäm mich ein bisschen“, sagt sie, sie arbeite ja mittlerweile.

Der Verein geht mit vielen der alten Menschen zweimal im Monat einkaufen und unterstützt mit 75 Euro Budget pro Person und Monat. Seit dem vergangenen Jahr gibt es auch ein „Teilhabepaket“, dazu gehören etwa Jahreskarten für den Zoo und die Bibliothek. Auch nach Hause begleiten die 15 Mitarbeiter des Vereins die Alten häufig. In den Wohnungen seien oft nicht nur die Geräte kaputt, sondern auch die Lebensverhältnisse, sagt Baumann.

Für Jagow hat der Verein nun einen neuen Kühlschrank gekauft, er steht in ihrer blitzblank geputzten Küche. Beim Verabschieden entschuldigt sich die Frau für das Treppenhaus: Die Wände sind teils unverputzt. Dabei sieht das Gebäude von außen fein aus. Vor einigen Jahren, als gegenüber die Landesgartenschau stattfand, wurde renoviert. Aber nur die Fassade.

Prügel für den Schiedsrichter

Die Gewalt im Amateurfußball wird gerade besonders deutlich. Ein Rollenwechsel kann dagegen helfen / Von Niklas Zimmermann, Offenbach

I m Training der U-16-Mannschaft von Kickers Offenbach geht es zur Sache, und die Regieanweisung ist so kurz wie eindeutig: „Einer wird gefoult, einer eskaliert“, sagt Übungsleiter Markus Wehenkel. Wenige Augenblicke später passiert es wie geheißen, ein Spieler im grauen Leibchen tritt Abwehrspieler Antonio Montiljo von hinten in die Beine. Dieser kann nicht glauben, dass der Schiedsrichter dafür nur einen Freistoß gibt und keine Gelbe Karte. „Hey Schiri, was soll das denn?“, ruft Montiljo. Der Unparteiische weicht sofort zurück – zu groß scheint seine Angst zu sein, dass der Spieler seiner Wut auch handfest Ausdruck verleiht.

Die hitzige Szene endet nicht mit einem üblen Gerangel auf dem Platz, sondern mit einer Analyse. In einem Seminarraum im Offenbacher Leitungszentrum bringen Markus Wehenkel und sein Kollege Dieter Kliem vom Netzwerk „Fair Play Hessen“ den jugendlichen Spielern bei, wie sie Konflikte draußen auf dem Rasen beilegen können. Der Kurs besteht aus Theorie und praktischen Übungen – und dauert wie ein richtiges Fußballspiel 90 Minuten. Es sei eine Präventivmaßnahme, sagt der Trainer der Offenbacher Nachwuchsfußballer, Thomas Kaltsounis. Die Übungen seien sinnvoll, auch wenn die Mannschaft in der Fairplay-Wertung „weit vorne“ liege, wie Kaltsounis betont. Der Verein zieht damit seine Schlussfolgerungen aus verschiedenen Vorfällen vom letzten Oktoberwochenende.

Da war der Spieler des südhessischen Kreisliga-C-Vereins FSV Münster, der einen Unparteiischen mit einem Faustschlag bewusstlos geschlagen hatte. In Sölingen in Nordrhein-Westfalen artete dann eine Schlägerei zweier Trainer während eines Bambini-Freundschaftsspiels

derart aus, dass ein Polizeieinsatz notwendig wurde. Und in Berlin streikten die Schiedsrichter, weil sie sich angesichts zunehmender Gewalt gegen sie vom eigenen Verband im Stich gelassen fühlten. Weil der Faustschlag in Hessen auf Video dokumentiert ist, entsteht für viele der Eindruck, dass der Fußball immer brutaler wird. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) forderte für den Schläger des FSV Münster eine lebenslange Sperre. Die Spitze des Deutschen Fußball-Bunds schrieb den Schiedsrichtern einen Brief, in dem es hieß: „Wir lassen Sie nicht allein!“. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sprach von einem „Zeichen für die Verrohung in unserer Gesellschaft“.

„Es knallt jeden Spätherbst“

Dabei ist Gewalt im Amateurfußball kein neues Phänomen. „Es knallt jeden Spätherbst“, sagt Thaya Vester, Sportwissenschaftlerin an der Universität Tübingen. Sie hat für ihre Doktorarbeit Schiedsrichter über Gewalterfahrungen und ihr Sicherheitsgefühl befragt. Wenn die Fußballer schon viele Spiele in den Knochen haben, seien sie gereizter, sagt Vester. Das geht auch während eines Spiels. Vor der Halbzeit und kurz vor Spielschluss geschehe die meiste Gewalt. Dabei spiele auch das Wetter eine Rolle. „Wer im Matsch landet, reagiert nun einmal heftiger als wenn er auf einen trockenen Rasen fällt.“ Ihrer Ansicht nach hat Deutschlands Amateurfußball durchaus ein Gewaltproblem – allerdings seien die Ausfälle zuletzt auch deutlich sichtbar geworden, weil immer mehr von ihnen mit dem Telefon auf Video aufgezeichnet werden. Ihre Langzeituntersuchung habe keinen absoluten Anstieg der Vorfälle ergeben. „Ein wirsches, unhöfliches Klima ist Normalität“, sagt Vester,

auch im Vergleich zu anderen Sportarten. Viele Schiedsrichter würden Beleidigungen nicht einmal melden – so scheinbar normal seien sie inzwischen geworden.

Diesen Eindruck kann Lars Krakow bestätigen. Als „Arschloch“ oder „Wichser“ werde er fast in jedem Spiel bezeichnet, sagt der aktive Amateurfußballer und sportliche Leiter des jüdischen Vereins Makkabi Frankfurt. Auch gebe es mal „ein Box“ und etwa einmal im Monat antisemitische Anfeindungen. Für ihn steht fest: „Der Fußball ist brutaler geworden.“ Er gehe mit einem mulmigen Gefühl in die Spiele. Leid tun Krakow aber besonders die Unparteiischen. „Heute Schiedsrichter zu sein ist echt hart“, sagt er. Ausgerechnet in den niedrigsten Klassen, wo

die Aggressivität am größten sei, würden sie nicht von Linienrichtern unterstützt. In absoluten Zahlen würden aber vor allem Spieler Opfer von Gewalt werden, sagt Thaya Vester – was allerdings auch etwas damit zu tun hat, dass bei jedem Spiel immerhin 22 Spieler auf dem Feld stehen und nur ein Schiedsrichter. Damit sind die Unparteiischen besonders exponiert. Vester und andere Fachleute sind sich einig, dass vor allem eines dabei helfen kann, die Gewalt gegen Schiedsrichter zu verringern: ein Perspektivenwechsel. Das heißt, Spieler schlüpfen zur Abwechslung in die Rolle des Schiedsrichters.

Der Sportsoziologe Gunter Pilz aus Hannover hält das für einen deutlich besseren Ansatz als Forderungen nach lebens-

langer Sperre. „Die Politiker sollen sich zurückhalten“, sagt er. In Hannover habe einmal ein Amateurspieler den Unparteiischen „krankenhausreif“ geprügel, sagt Pilz. Er wurde ein Jahr lang gesperrt – doch das Sportgericht erließ dem Mann das zweite Halbjahr, wenn er dafür drei Spiele als Schiedsrichter pfeift. Bei dem Spieler habe es zu einer verblüffenden Wandlung geführt, sagt Pilz. Er habe später, als er wieder in der Mannschaft kicke, in hitzigen Szenen den Unparteiischen vor aggressiven Mitspielern geschützt.

Auch mit der U-16-Mannschaft von Kickers Offenbach üben die Trainer den Rollenwechsel. „Hey Schiri, hast du Tomaten auf den Augen?“, ruft einer der Nachwuchskicker dem Teamkollegen entgegen, der den Schiedsrichter spielt. Der Angreifer erzählt danach, er habe sich „gut“ gefühlt, der Angegenne spricht über seine Angst. Übungsleiter Kliem ist von dieser Einsicht angetan und lobt die Mannschaft als „sehr reflektiert“. Der Kurs sei aber nur ein Anstoß gewesen. Prävention wirke nur, wenn sie wiederholt werde.

Gegenwärtig wird auch die Frage diskutiert, ob die Gewalt im Amateurfußball auch Ausdruck möglicher Integrationsprobleme ist. Gunter Pilz sagt, bei schweren Gewalttaten seien „überproportional viele Leute mit Migrationshintergrund“ die Täter. Thaya Vester bestätigt das, allerdings seien Spieler mit ausländischen Wurzeln eben auch häufiger Opfer. „Der Fußball begünstigt Abgrenzung“, sagt sie. Auch die Offenbacher Jugendmannschaft ist multikulturell geprägt. Trainer Thomas Kaltsounis sagt, da es sich eine ambitionierte Jugendliga handle, laufen die meisten Spiele ohne Zwischenfälle ab. Besonders bei Auswärtsspielen auf dem Land falle aber schon einmal der Ausdruck „Scheiß Offenbacher“.



Spaß muss sein: Die U16 von Kickers Offenbach im Konflikttraining Foto Marcus Kaufhold

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungs-herausgeber Erich Welter +

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner, Andreas Ross (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Andreas Ross; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennkamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Ambruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Hannes Hintermeier, Sandra Kegel, Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander, Manfred Köhler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Maja Brankovic; Die Lounge: Johannes Pennkamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissen-

schaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (stv.); **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

DIGITALE PRODUKTE: Carsten Knop (Chefredakteur), Kai N. Pritzsche (Redaktionsleiter).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller.
Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 1. Januar 2019 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2019 an. Internet: faz.media

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 67,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 74,90 €. Abonnenten der gedruckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 10,00 € die digitalen Ausgaben

der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET. Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser und Studierende, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtgesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts-erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2901. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (030) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antilches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo.
Telefax: Anzeigen (069) 7591-80920; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDE33